

Meinung

Champions League

So läuft's Business

CHRISTIAN SCHWAGER

Profifußball ist ein Geschäft, klar: Verkauft wird die Ware Sport, hergestellt in abgestufter Qualität. Die Champions League gilt als höchste Stufe, bringt am meisten Geld; und je weiter ein Anbieter kommt, desto mehr.

Deshalb hat Borussia Mönchengladbach nach einem Ort für das Heimspiel nächste Woche gegen Manchester City gesucht. Die Gäste dürfen nicht nach Deutschland kommen, wegen Corona gilt ein Einreiseverbot für Briten. Jetzt weichen auch die Gladbacher nach Ungarn aus. Sie sagen: Wir nehmen es, wie es kommt, zu Hause spielen wir ja auch ohne Fans.

Haben sich die Borussen die Sache mit diesem Spielort aber auch gut überlegt? RB Leipzig hatte sein Heimspiel gegen den FC Liverpool zuvor schon nach Budapest verlegt. Das erweist sich als geschäftsschädigend, weil schlecht fürs Image: In Ungarn hat Premierminister Viktor Orban das Sagen, ein Nationalist, ein Corona-Verharmloser noch dazu.

Kaum besser wäre Katar, aber das liegt ja ohnehin nicht in Europa. Der FC Bayern ist dorthin aufgebrochen, um bei der Klub-WM aufzutreten. Wieder gab es Aufregung, nicht wegen der Verletzungen von Menschenrechten im Land, sondern weil das Flugzeug verspätet von Berlin aus dorthin abhob.

Dabei ist jede Reise in Pandemie-Zeiten eine Reise zu viel, sie kann zur Verbreitung des Virus beitragen. Jedes Geschäft gilt es deshalb gegen das Infektionsrisiko abzuwägen. Jedes Geschäftsgebaren verdient eine Überprüfung, die Rolle der europäischen Fußball-Union (Uefa) etwa, deren Regularien Teams mit Niederlagen am grünen Tisch bestrafen, wenn sie nicht antreten. Diejenigen, die vor allem prüfen sollten, sind die Konsumenten der Ware Sport. Sie bezahlen. Auch jene, die das gern mal vergessen. Die das Geschäft kritisieren – und trotzdem fasziniert zuschauen.

Mietendeckel

Unerwarteter Lichtblick

ULRICH PAUL

Je näher die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über den Mietendeckel rückt, umso stärker geraten mögliche Folgen in den Blick. Für Berlins Mieter könnten diese gravierend sein. Denn falls das Bundesverfassungsgericht in seinem für das zweite Quartal dieses Jahres angekündigten Urteil den Mietendeckel kippen sollte, drohen hohe Nachforderungen der Vermieter. Nicht in jedem Fall, aber immerhin bei einem ungünstigen Ausgang des Verfahrens.

Dass alle Mieter den Rat beherzigen, das eingesparte Geld bis zur Entscheidung zurückzulegen, um auf Nachforderungen vorbereitet zu sein, ist nicht anzunehmen. Es dürfte also Haushalte geben, die – vorausgesetzt, das Gericht kippt den Preisdeckel – jäh in Geldnot geraten. Da stimmt es hoffnungsvoll, dass mit den beiden börsennotierten Wohnungsunternehmen Vonovia und Deutsche Wohnen zwei der großen Privatvermieter Kulanz andeuten.

So erklärt die Vonovia, dass sie sich „nicht vorstellen“ könne, „ganz normal zum Tagesgeschäft zurückzukehren und die entgangenen Mietzahlungen von allen einfach nachzufordern“. Und die Deutsche Wohnen gibt zu Protokoll, „in einzelnen Fällen individuelle Lösungen finden“ zu wollen, „damit Mieter nicht überfordert werden“. Diese Äußerungen sind nicht nur deshalb bemerkenswert, weil sie vonseiten zweier Unternehmen kommen, die ansonsten für eine renditeorientierte Wohnungspolitik stehen. Sondern auch, weil den Unternehmen durch den Mietendeckel zunächst Einnahmen weggenommen wurden.

Andere Vermieter halten sich in dieser Situation nicht lange damit auf, an die Nöte ihrer Mieter zu denken. Da ist jede Form von Verantwortungsgefühl, erst recht von unerwarteter Seite, ein Lichtblick. Am Ende zählen freilich die Taten.



Dauerhaft festgefroren

BERLINER ZEITUNG/HEIKO SAKURAI

Lockdown

Es gibt keine Alternative



MIRAY CALISKAN

Am Mittwoch ist es wieder so weit: Bund und Länder tagen, um die Frage zu klären, ob der Lockdown verlängert werden muss. Damit werden auch Stimmen von Politikern oder Journalisten immer lauter, die in den Einschränkungen von jeher einen Angriff auf grundgesetzlich garantierte Freiheitsrechte sehen. So, wie der Psychoanalytiker Hans-Joachim Maaz, der in den Maßnahmen eine Gefährdung für den Rechtsstaat sieht, wie er bei einem Auftritt in Halle sagte. Oder die Berliner Hutmacherin Rike Feurstein, die der Meinung ist, dass die Politik wegen eines „höchstwahrscheinlich gar nicht bestehenden Notstandes“ die Demokratie opfere.

Die selbst ernannten Verfechter der Grundrechte fordern unter anderem, dass es in der Pandemie nicht nur um die Gesundheit der Bürger gehen solle, sondern auch um die Gesundheit der Demokratie. Einen Ausweg will der Jurist und Journalist Heribert Prantl erkannt haben: Er findet, dass das Coronavirus in das gesellschaftliche und private Leben integriert werden muss. Soziale Distanz sei zu überwinden, denn davon lebe die Demokratie. Diese Meinung findet viele Anhänger. Ich frage mich: Was ist mit der Ansteckungsgefahr? „Akzeptieren, dass das Leben sterblich ist, mit gesundem Optimismus, der Bedrohung zum Trotz!“, lautet die Antwort.

Anhänger dieser Denkweise erheben sich nicht nur über all die Menschen, die nach einem schweren Covid-19-Verlauf gestorben sind oder heute noch mit Langzeitfolgen zu kämpfen haben. Sie zeigen auch, dass sie seit einem Jahr wenig von den Auswirkungen des Virus mitbekommen haben. Dass für sie Freiheiten wichtiger sind als das Recht auf körperliche Unversehrtheit und das Recht auf Leben. Das bedeutet im Umkehrschluss, dass es für sie auch wichtiger ist, dass Menschen sich wieder treffen können, als dass Hochbetagte oder Autoimmunerkrankte geschützt werden.

Am vergangenen Donnerstag wurde eine schwerbehinderte Tochter Karline, 41, gegen Corona geimpft. Ein Glück – nach doch ziemlich komplizierten, für die Beteiligten immer wieder belastenden Monaten. Sie lebt seit einigen Jahren in einer Wohngemeinschaft, die ein freier Träger betreibt. Dieser ermöglicht an mehreren Orten und in unterschiedlicher Weise das begleitete oder betreute Wohnen für solche Menschen, die das eben brauchen.

Insgesamt umsorgt dieser Trägerverein derzeit 146 sehr unterschiedliche Menschen verschiedenen Alters. Das Konzept sieht relativ kleine Wohneinheiten inmitten von Wohngebieten vor. So soll das Leben derer, die es dauerhaft nicht leicht haben, im Alltag der Normalos unübersehbar und zum Bestandteil der Normalität aller werden. (Da lässt sich nach meiner Erfahrung noch einiges tun.)

Nun also wurden alle „Bewohner*innen“ geimpft, so reden die einen, andere sprechen von „unseren Klienten“. Auch der Begriff „Wohnis“ ist geläufig.

Nach kurzer Vorbereitungszeit und dem Herrichten zweier ambulanter Impfzentren in kleinen Versammlungsräumen zweier Wohnstätten rückten am vergangenen Donnerstag zwei mobile Impfteams der Senatsverwaltung für Gesundheit an: je zwei Ärzte und vier Bundeswehrosoldaten. Als Termin für die zweite Impfung steht der 25. Februar fest.

In der Pandemie geht es um uns alle. Und es ist kein diktatorischer Weg, den die Bundesregierung geht. Es ist eine Ausnahme-situation. Die Grundrechte werden nicht geopfert. Sie stehen für eine absehbare Zeit nur nicht an oberster Stelle. Und sogar dieser Satz klingt absurd. Das Wohl aller muss über allem stehen. Darüber sind sich die meisten Menschen einig. Der Beweis? Ihre Geduld.

Weiter heißt es von vielen Kritikern der Maßnahmen in Richtung Medien: Es werde nicht genug kritisiert. Natürlich wird es das! Dass die Händler ihre Betriebe schließen mussten und noch heute auf die versprochenen „schnellen“ Staatshilfen warten. Dass die Pflegebedürftigen, die zu Hause betreut werden, und ihre Angehörigen in der Impfverordnung schlichtweg vergessen wurden. Dass die Bundesländer

nicht genau wissen, wie viel Impfstoff sie in den kommenden fünf Wochen zur Verfügung haben werden. Dass viel zu viele Tage vergehen, ehe eine Infektion nachweislich festgestellt und die betroffene Person kontaktiert wird. Dass Krankenhäuser dichtmachen müssen, während das gesamte Gesundheitssystem unter den vielen Kranken ächzt. Und wo bleibt die Anerkennung für das, was Familien leisten? All dies wird heftig und auch völlig zu Recht kritisiert – und all dies muss auch sofort angegangen werden.

Und ja: Es wird in der Pandemie auch ständig nach Alternativen gesucht, sie werden ebenfalls medial diskutiert. Fakt ist nur leider, dass der Lockdown light nicht funktioniert hat. Die Bundesregierung hat erst einmal diesen Weg gewählt, weil es großartig gewesen wäre, wenn mit weniger harten Maßnahmen das Infektionsgeschehen hätte kontrolliert werden können. Konnte es aber nicht.

Weil die Situation so lange anhält, verlieren viele Menschen nun das Vertrauen in die Regierung. Das ist menschlich. Nur geht es wenigen darum, dass sie ihre Grundrechte in Gefahr sehen. Sondern den meisten, dass sie diese Zittersituation nicht länger aushalten und Planungssicherheit brauchen. Und auch da muss die Politik handeln.

Substanzlose Aussagen zum Komplex Freiheit gegen Lockdown tragen weniger zur Diskussion bei als zur Spaltung der Gesellschaft. Leider glauben viele Menschen, sobald der Regierung die Schuld an allem gegeben wird: Endlich sagt einer die Wahrheit! Ich meine: Soll irgendjemand seine Alternative doch mal darlegen, etwa darüber, wie Sars-CoV-2 in das alltägliche Leben integriert werden kann – und gleichzeitig die Neuinfektions- und Todeszahlen gesenkt und auch unten gehalten werden.

Der Lockdown wirkt. Das erkennt man an den blanken Zahlen. Wer anderes behauptet, hat keine Ahnung.

Kolumne

Glücklich geimpft in Berlin

GÖTZ ALY

Den Ort des Geschehens durfte ich natürlich nicht betreten, schaute aber durchs Fenster. Als eine Soldatin nach draußen kam, wurde sie von mir mit den Worten begrüßt: „Ich verbeuge mich vor der Bundeswehr.“ – „Das ist nicht nötig“, meinte die feldmarschmäßig Gekleidete. Auf meine Frage, ob hier Sanitätssoldaten eingesetzt seien, erwiderte sie: „Nein, wir sind richtige Soldaten.“ – „Und, wie finden Sie es hier in dieser Einrichtung?“ – „Wir waren bisher nur in Altenheimen eingesetzt, aber die Leute hier, die sind ja richtig lustig. Das macht Spaß.“ (Erinnern Sie sich noch, liebe Leser, wie sich das von den Grünen geführte Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg wei-

gerte, das Gesundheitsamt mit den bereitstehenden Soldaten und Soldatinnen der Bundeswehr zu verstärken? Unglaublich! Kindisch.)

Am Ende der glücklichen Impfkation waren insgesamt 15 Biontech-Dosen übrig. Aber nicht lange. Zunächst wurden die vor einigen Wochen zu Schnelltestern geschulten Mitarbeiter des Trägervereins geimpft, die das Personal zweimal wöchentlich durchtesten. Die restlichen Dosen verimpften die Ärzte an die anwesenden Mitarbeiter nach dem Prinzip „die Ältesten zuerst“.

All das verlief höchst vernünftig, sehr freundlich und zugewandt. Solches berichten übrigens auch und geradewegs begeistert über 80-jährige Damen, die derzeit per Taxi auf Kosten des Senats in die großen Impfzentren chauffiert werden: „Lauter nette Leute! Sehr angenehm!“

Die Eltern der nunmehr geimpften, überwiegend jüngeren Leute, die in den genannten Wohnungen für Behinderte leben, sprachen in ihren Rund-E-Mails von einer „Riesenerleichterung“, von „einer Sorge weniger“, vom „Glück der Entspannung“ und von „allseits gehobener Stimmung“.

Wer hat uns das ermöglicht? Hier wirken Forschergeist, eine leistungsfähige Pharmaindustrie, die EU, die Bundesregierung und der Senat von Berlin sowie die Bundeswehr zusammen. Lassen wir das billige Gemeckere über „die da oben“. Wir danken ihnen eine Menge.

Zitat

„Wir brauchen eine neue Generation von Superstars, nicht nur, weil eine Generation von Superstars – meine Generation – älter wird, in den Ruhestand geht und wegstirbt.“

Sir Elton John, britischer Musiker, fordert Hilfe für junge Künstler, die mit den Folgen des Brexits zu kämpfen haben.

Auslese

Ein großer Fortschritt

Zahlreiche Kommentatoren blickten Anfang der Woche nach Den Haag: Dort hat der Internationale Strafgerichtshof sich für zuständig erklärt, Ermittlungen in den Palästinensergebieten zu führen. Die *Badische Zeitung* lobt die Richter: „Der Strafgerichtshof hat nach über sechsjährigen Beratungen endlich entschieden, Verfahren wegen mutmaßlicher Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in den seit 1967 von Israel besetzten palästinensischen Gebieten zu eröffnen – ein großer Fortschritt.“

Die Menschenrechtsnormen, die nach 1945 vereinbart wurden, gälten universell und ausnahmslos für alle, so das Blatt weiter. „Und wichtig: Die Entscheidung des ISGH ist nicht einseitig gegen Israel gerichtet.“

Diesen Aspekt greift auch die *Süddeutsche Zeitung* auf: „Israel hat als Besatzungsmacht in den palästinensischen Gebieten unabhängige Ermittlungen zu befürchten. Denn Vergehen ihrer Soldaten werden nicht immer geahndet. Aber auch die radikalislamische Hamas, die aus dem Gazastreifen mit Raketenangriffen Israel terrorisiert, muss mit Ermittlungen rechnen.“

Nur wenn der Strafgerichtshof gegen beide Seiten unvoreingenommen agiere, so die SZ, „stellt die Institution ihre Unabhängigkeit unter Beweis“. (chs.)

Berliner Zeitung

PFlichtblatt DER BÖRSE BERLIN
Herausgeber: Dr. Michael Maier
Mitglied der Chefredaktion: Margit J. Mayer (VStDf), Maurice Frank (englische Ausgabe)
Textchefin: Bettina Cosack
Redaktionelle Koordination: Karim Mahmoud, Tobias Miller
Reporter: Ruth Schneeberger, Jan Schmidt
Dossier: Anja Reich, Sabine Rennefanz
Redaktion:
Politik & Gesellschaft: Christine Dankbar
Weit & Nationen: Dr. Michael Maier
Wirtschaft & Verantwortung: Katharina Brielme
Kultur & Stil: Margit J. Mayer, Harry Nutt, Dr. Sabine Röthig, Dr. Tomasz Kurianowicz
Lernen & Arbeiten: Eva Corino
Gesundheit & Leben: Ruth Schneeberger
Sport & Leidenschaft: Benedikt Paetzholdt
News: Philipp Deblonne
Chef Fotoreaktion: Paulus Ponikaz
 Die für das jeweilige Ressort an erster Stelle Genannten sind verantwortlich für Redakteure im Sinne des Berliner Pressgesetzes.
Chef Print: Ingo Preißer
Chefin Art Direction: Stephanie Franziska Scholz
Print Art Direction: Annette Tiedige
Chefin Open Source: Dr. Petra Kohse
Lesertelefon Redaktion: +49 30 63 33 11-457
 E-Mail: leser-biz@berlinerzeitung.de
Redaktion: Berliner Newsroom GmbH, Berlin24 Digital GmbH
Geschäftsführung: Berliner Newsroom GmbH, Berlin24 Digital GmbH
 Dr. Mirko Schieleflein (Voritz), Tobias Miller, Jan Schmidt
 Alte Jakobstr. 105, 10969 Berlin
Verlag: Berliner Verlag GmbH
Geschäftsführung: Dr. Mirko Schieleflein (Voritz), Holger Friedrich
 Postadresse: 11509 Berlin, Besucher: Alte Jakobstr. 105, 10969 Berlin
 Telefon: +49 30 23 27-9; Fax: +49 30 23 27-55 33
 Anzeigen: BVZ Anzeigenzeitungen GmbH, Geschäftsführung: Holger Friedrich
 Postfach 11 05 06, 10835 Berlin;
 Anzeigenannahme: +49 30 23 27-50; Fax: +49 30 23 27-66 97
 E-Mail: kundenservice@berlinerzeitung.de
 Traueranzeigen: E-Mail: traueranzeigen@berlinerzeitung.de
 Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 30, gültig seit 1.1.2019.
 Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, Geschäftsführung: Steffen Helmschrott, Holger Friedrich
 Am Wasserwerk 11, 10365 Berlin,
 Internet: www.berliner-zeitungsdruck.de
 Leserservice Abo: +49 30 23 27 77, E-Mail: leserservice@berlinerzeitung.de
 Die Print-Ausgabe und die E-Paper der Berliner Zeitung erscheinen sechs Mal in der Woche. Mit dem Digital-Abo der Berliner Zeitung erhalten Sie jederzeit Zugang zu allen Artikeln auf berliner-zeitung.de.
 Alle Angebote und die dazugehörigen Preise finden Sie auf unserer Internetseite aboschoen.berliner-zeitung.de
 Im Falle höherer Gewalt und bei Arbeitskämpfen (Streik/Aussperrung) besteht kein Belieferungs- und Entschädigungsanspruch.
 Erfüllung und Gerichtsstand Berlin-Mitte.
 Für unverlangt eingesandte Manuskripte oder Fotomaterial wird keine Haftung übernommen.
 Die Auflage der Berliner Zeitung wird von der unabhängigen Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern geprüft.
 Die Berliner Zeitung erreicht laut Mediaanalyse 2019 in Berlin und Brandenburg täglich 267 000 Leser.